

SPD/CDU Gruppe



## **Resolution des Kreistages im Landkreis Wesermarsch zur Finanzierung des Forschungs- und Lehrgebäudes der medizinischen Fakultät Oldenburg**

Zur Sicherung der ärztlichen Versorgung für die 2.5 Mio. Einwohner\*innen des Nordwestens wurde 2012 in Oldenburg die dritte Universitätsmedizin Niedersachsens gegründet. Seitdem hat die junge Fakultät zusammen mit den kooperierenden Krankenhäusern vor Ort und dem renommierten europäischen Partner Groningen viel Anerkennung für den innovativen Studiengang sowie für die zukunftsweisenden Konzepte zur flächendeckenden Versorgung erhalten. Der Wissenschaftsrat sprach daher bei seiner planmäßigen Evaluation 2019 von „einem beeindruckenden Studienangebot, welches überzeugend umgesetzt wurde“. Die kommunalen und kirchlichen Träger der beteiligten Krankenhäuser haben von Beginn an mit einem signifikanten finanziellen Engagement und ohne Kompensation der in den Kliniken durch Forschung und Lehre mit dem Ausbau der Fakultät kontinuierlich wachsenden Kosten und Belastungen diese positive Entwicklung entscheidend befördert. Dies auch vor dem Hintergrund und in dem Vertrauen darauf, dass das Land Niedersachsen bzw. das federführende Ministerium sukzessive und parallel zur Entwicklung und dem Ausbau die objektiv notwendigen finanziellen Ressourcen und infrastrukturellen Voraussetzungen zur Verfügung stellt bzw. ermöglicht.

Zum Wintersemester 2019 / 20 wurden die Studienplätze von 40 auf 80 pro Jahr erhöht. Dies war ein wichtiges Signal für den eindeutigen politischen Willen, den Medizinstudiengang dauerhaft zu etablieren. Die beteiligten Kliniken haben diesem Aufwuchs zugestimmt, ohne bisher hierfür eine Kompensation der hierdurch in den Kliniken zusätzlich entstehenden Aufwendungen zu erhalten. Dies ist jedoch insbesondere bei einem weiteren Aufwuchs zwingend notwendig (Kompensation Lehre in den Kliniken, Kompensation universitärer Professuren in den Kliniken, Gemeinkosten/Overhead, Zusatzaufwand Hochschulambulanzen, Stiftungsprofessuren/Mitfinanzierungen). Parallel hierzu gibt es weitere Bestrebungen, die Studienplätze zeitnah auf 120 und mittelfristig auf 200 pro Jahr auszubauen.

Durch die Ende September von der Landesregierung nunmehr doch noch getroffene Entscheidung, den Bedarf an zusätzlichen Forschungs- und Lehrflächen durch den Bau eines neuen Gebäudes im kommenden Haushalt mit weiteren 40 Mio.€ zu fördern, wurden jetzt wichtige Weichen zur Sicherung der Universitätsmedizin in Oldenburg gestellt. Ohne ein solches Signal wären Zukunftsperspektiven bei den Studierenden, Lehrenden und Wissenschaftlern\*innen sowie bei den beteiligten Partnerkliniken nicht mehr vermittelbar gewesen.

SPD/CDU Gruppe



Gleichwohl erfordert die mittelfristig avisierte Zielerreichung von 200 Studienplätzen und damit verbundenen weiteren Bauabschnitten nach Berechnungen der Uni Oldenburg in den Folgejahren ein zusätzliches Finanzvolumen von weiteren 80 Mio.€.

Der Kreistag des Landkreises Wesermarsch unterstützt die Zielsetzungen der Universität und fordert die Landesregierung im Kontext zur Resolution der Stadt Oldenburg auf,

in zeitnahen Gesprächen mit Universität, Fakultät und den beteiligten Kliniken, in der mittelfristigen Finanzplanung des Landeshaushaltes entsprechend der angestrebten Quote des Aufwuchses von Studierenden Fördermittel für notwendige Investitionen zur jeweils zeitnahen Erweiterung der infrastrukturellen Entwicklung bereitzustellen sowie fehlende Kompensationen der Belastungen in den Kliniken, einer nachhaltigen, zeitlich realistischen und rechtlich verbindlichen Lösung zuzuführen.